

Namensartikel von Bundesministerin Nancy Faeser in der Verbandszeitschrift des Deutschen Landkreistags „Der Landkreis“

Gerade erst hat sich der russische Angriff auf die Ukraine zum ersten Mal gejäht – und damit auch die fundamentalen Umwälzungen, die er mit sich gebracht hat. Die Kommunen in Deutschland stehen infolge dieses verbrecherischen Krieges vor der großen Herausforderung, über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und zu integrieren, die bei uns Schutz suchen vor Putins Panzern, Bomben und Raketen: 8 von 10 Geflüchteten, die 2022 nach Deutschland kamen, stammen aus der Ukraine. Ihre Aufnahme ist ein gewaltiger Kraftakt, den nur alle Ebenen gemeinsam bewältigen können.

Bisher ist uns das gut gelungen: Dank der überwältigenden Solidarität in der gesamten Gesellschaft konnten wir im vergangenen Jahr viele Leben retten – vor allem von Frauen und Kindern. Doch so viele Menschen gut unterzubringen und zu versorgen, Kindern in Kitas und Schulen Halt zu geben, kostet immer mehr Kraft, je länger es dauert. Und zusätzlich haben wir auch in anderen Bereichen der Migrationspolitik große Aufgaben: Denn Deutschland ist ein Einwanderungsland – seit mehr als einem halben Jahrhundert. Doch immer noch müssen Menschen, die zu uns kommen, hohe bürokratische Hürden überwinden, um dazuzugehören. Für das Zusammenleben vor Ort ist das eine schwere Hypothek.

Diese Bundesregierung hat sich deshalb für einen Neuanfang in der Migrationspolitik entschieden, der einer modernen Einwanderungsgesellschaft gerecht wird. Dieser Neuanfang wird besonders vor Ort in den Kommunen für spürbare Verbesserungen sorgen – denn auf kommunaler Ebene wird Integration konkret: Hier entsteht der gesellschaftliche Zusammenhalt, hier wird er gestaltet.

Zusammenhalt von Bund, Ländern und Kommunen

Bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine unterstützt der Bund die Länder und Kommunen umfassend: im Jahr 2022 mit 4,4 Milliarden Euro, für 2023 mit weiteren 2,75 Milliarden. Für Geflüchtete aus der Ukraine entlastet der Bund die Länder und Kommunen außerdem von Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Sie können Leistungen der Grundsicherung erhalten. Damit übernimmt der Bund diese Kosten weit überwiegend. Gleichzeitig können sich die Geflüchteten dadurch rasch in den Arbeitsmarkt integrieren und auf eigenen Füßen stehen.

Eine verlässliche Einschätzung der Lage und eine vorausschauende Planung bei der Unterbringung von Geflüchteten ermöglicht der Bund den Ländern mit dem Migrations-Dashboard. Zusätzlich überlässt der Bund ihnen seit Kriegsbeginn mietzinsfrei

Liegenschaften des Bundes, um Schutzsuchende unterzubringen. Der Bund nimmt seine gesamtgesellschaftliche Verantwortung also umfassend wahr.

Viele Kommunen sind dennoch in einer schwierigen Lage: Denn vor Ort werden auch die Folgen des Fachkräftemangels immer stärker spürbar, der überall in Deutschland herrscht: Es fehlen Handwerkerinnen und Handwerker, Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter, Fachkräfte im MINT- und IT-Bereich und vor allem Pflegepersonal. Wenn die Kita die Betreuungszeiten einschränken muss oder das kaputte Dach nicht sofort repariert werden kann, ist das ein Riesenproblem – wenn in Kliniken Personal fehlt, um Notfälle zu versorgen, wird es lebensgefährlich. Hier müssen wir schnell und entschlossen handeln.

Potenziale nutzen und Perspektiven geben

Gleichzeitig bleibt vor Ort ein großes Potenzial ungenutzt: Viel zu viele zugewanderte Menschen, die schon seit Jahren hier leben und sich erfolgreich integriert haben, konnten ihre Kompetenzen bisher nicht in die Gesellschaft einbringen, obwohl sie hochmotiviert sind. Doch weder sie noch die Kommunen, in denen sie leben, hatten bisher Planungssicherheit.

Um das zu ändern, hat die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, allen Menschen, die nach Deutschland kommen, von Anfang an Integrations- und Teilhabechancen zu eröffnen. Ein Jahr später, am 31. Dezember 2022, ist das Chancen-Aufenthaltsrecht in Kraft getreten – ein echter Meilenstein! Wir geben damit Menschen, die seit mindestens 5 Jahren geduldet in Deutschland leben, für 18 Monate die Chance, die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen. Das Chancen-Aufenthaltsrecht beendet mit der Praxis der Kettenduldungen auch den bürokratischen Aufwand und die Unsicherheit, die damit verbunden waren. Das hat drei positive Effekte: Erstens endet damit für die betroffenen Menschen eine sehr belastende Situation. Zweitens entlasten wir die Ausländerbehörden vor Ort. Drittens können viele mittelständische Unternehmen, die gut integrierte Zuwanderer dringend brauchen, nun endlich langfristig mit ihnen planen.

Um unseren Fachkräftebedarf zu decken, brauchen wir aber auch zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland. Mit einem besseren Einwanderungsrecht geben wir Menschen, die in Deutschland leben und arbeiten wollen, deshalb künftig eine sichere Perspektive: Wir erleichtern die Einwanderung von Arbeitskräften, die zwar keine formelle Qualifikation besitzen, aber wertvolle Berufserfahrung mitbringen. Menschen mit hohem persönlichen Potenzial ermöglichen wir, sich weiter zu qualifizieren und auf unserem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dafür führen wir ein transparentes Punktesystem ein. So sorgen wir dafür, dass genau die Menschen den Weg zu uns finden, die wir so dringend brauchen.

Wer dauerhaft in Deutschland lebt und arbeitet, soll sich auch zugehörig fühlen können. Denn wer sich zugehörig fühlt, übernimmt Verantwortung und bringt sich vor Ort ein. Doch um wählen und öffentliche Ämter übernehmen zu können, braucht man die deutsche Staatsbürgerschaft. Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht, das wir gerade auf den Weg bringen, ermöglichen wir vielen, die schon lange in Deutschland leben, diese gleichberechtigte Teilhabe. Außerdem schaffen wir Anreize für Integration: Wer ein qualifiziertes Aufenthaltsrecht hat, soll künftig schon nach fünf Jahren eingebürgert werden können. Wer besonders gut integriert ist, kann diesen Zeitraum auf drei Jahre verkürzen: zum Beispiel durch sehr gute Deutschkenntnisse, herausragende Leistungen in Schule oder Beruf oder ehrenamtliches Engagement. Das stärkt auch den Zusammenhalt vor Ort.

Migration nach Deutschland steuern und ordnen

Wir wollen mehr reguläre Migration – etwa von qualifizierten Arbeitskräften – ermöglichen und gleichzeitig irreguläre Migration reduzieren. Deshalb hat der Bund viel getan, um die Fluchtmigration aus Drittstaaten nach Deutschland stärker zu steuern und zu ordnen: Wir haben unsere vorübergehenden Grenzkontrollen zu Österreich verlängert und an der Grenze zu Tschechien die Schleierfahndung intensiviert. Mit der Schweiz wurde ein Aktionsplan vereinbart, der gemeinsame Kontrollen in Zügen und an der Grenze vorsieht. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Serbien seine Visa-Praxis ändert. All das zeigt bereits Wirkung.

Um die irreguläre Migration noch weiter zu reduzieren, sollen weitere Migrationsabkommen mit Herkunftsstaaten geschlossen werden. Außerdem stärken wir die konsequente Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen. Erste gesetzgeberische Maßnahmen dafür sind bereits in Kraft getreten, weitere sollen folgen. Jetzt gilt es, die gesetzlichen Möglichkeiten auch zu nutzen – dafür stehen die Länder in der Verantwortung.

Zuwanderung gut zu gestalten ist elementar für unsere Zukunft. Denn eine moderne und offene Migrationspolitik ist der Schlüssel für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Daran arbeiten wir mit den Ländern und Kommunen eng zusammen. Doch Solidarität ist eine Daueraufgabe. Eine bessere Verteilung der Schutzsuchenden in der gesamten EU würde sowohl uns als auch unsere osteuropäischen Nachbarn zukünftig entlasten. Dafür setze ich mich weiter ein. Denn wenn wir unserer humanitären Verantwortung weiter gerecht werden wollen, müssen wir unseren inneren Zusammenhalt genauso im Blick behalten: Nur wer selbst stark ist, kann auch anderen gut helfen.